

LANDTAG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



**JAHRESBERICHT 2013**

**DER DELEGATION BEI DER  
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG  
DES EUROPARATS**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>II.</b>	<b>Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation .....</b>	<b>3</b>
<b>III.</b>	<b>Allgemeines zur Institution Europarat .....</b>	<b>3</b>
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	4
	2. Ziele .....	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	7
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte .....	7
<b>IV.</b>	<b>Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2013 .....</b>	<b>7</b>
	1. Neue Geschäftsordnung des Landtags .....	8
	2. Neue Delegation .....	8
	3. Fraktion innerhalb der Parlamentarischen Versammlung .....	8
	4. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung .....	8
	4.1 Wintersession vom 21. bis 25. Januar 2013.....	9
	4.2 Frühjahrsession vom 22. bis 26. April 2013.....	10
	4.3 Sommersession vom 24. bis 28. Juni 2013 .....	11
	4.4 Herbstsession vom 30. September bis 4. Oktober 2013 .....	13
<b>V.</b>	<b>Wahlbeobachtung .....</b>	<b>14</b>
<b>VI.</b>	<b>Reisekosten und Taggelder der Delegation.....</b>	<b>16</b>
<b>VII.</b>	<b>Generelle Ausführungen .....</b>	<b>17</b>
	1. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) .....	17
	2. Verabschiedung der Vorgängerdelegation .....	17
	3. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission .....	17
	4. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT) .....	18
	5. Finanzen .....	19
<b>VIII.</b>	<b>Schlusswort und Antrag .....</b>	<b>19</b>

## **I. Einleitung**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im Folgenden über ihre Tätigkeit während der 63. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Jahr 2013, welche wiederum in vier Teilsessionen in Strassburg tagte.

## **II. Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im Landtag an der Eröffnungssitzung vom 27. März 2013 für die Mandatsperiode 2013 bis 2017 gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Gerold Büchel, Delegationsleiter
- Abg. Judith Oehri, Mitglied
- Stv. Abg. Rainer Gopp, Ersatzmitglied
- Abg. Karin Rüdisser-Quaderer, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

## **III. Allgemeines zur Institution Europarat**

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

Der Europarat umfasst 47 Mitgliedstaaten. Liechtenstein ist als 21. Mitglied am 23. November 1978 beigetreten. 2007 trat Montenegro als jüngstes Mitglied bei. Die drei Länder Kanada, Israel und Mexiko haben einen sogenannten Beobachterstatus beim Europarat. Ein weiteres «Instrument» besteht seit 2011: Partner für Demokratie. Marokko und der palästinensische Nationalkongress sind die ersten zwei Mitglieder in diese «Vorschule» für Demokratie.

Der Europarat wird oftmals mit der Europäischen Union verwechselt. Die EU hat jedoch eine wesentlich anders geartete Organisationsstruktur mit einer unterschiedlichen Zielausrichtung. Sämtliche 28 Staaten der Europäischen Union sind ordentliche Mitglieder des Europarats. Hauptsitz des Europarats ist Strassburg, während jener der EU Brüssel ist.

## **1. Entstehung und Zusammensetzung**

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 47 pluralistische Demokratien – darunter 22 mittel- und osteuropäische Staaten – und hat seinen ständigen Sitz im Europa-Palais in Strassburg. Diese erste supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 800 Millionen Menschen.

## **2. Ziele**

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz.
- Erstellung von Berichten mit Entschliessungen und Empfehlungen zuhanden des Ministerrats.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

## **3. Die wichtigsten Organe des Europarats**

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das Ministerkomitee – als verlängerter Arm der einzelnen Regierungen – ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten bzw. deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und den Etat des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungsaustausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate.

Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente. Sie war die erste paneuropäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Der neue Präsident der Versammlung, Jean-Claude Mignon (EPP), wurde anlässlich der Wintersession im Januar 2012 für zwei Jahre – also bis Ende 2013 – gewählt. Ein Hauptziel seiner Amtsperiode ist es, den Europarat mittels Reformen zu erneuern und den Bekanntheitsgrad zu verbessern.

Die Parlamentarier können durch Beschlüsse in der Parlamentarischen Versammlung Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Fachkomitees ist äusserst wichtig und wird von uns Delegierten auch so gehandhabt. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen. Die Kommunikation ins Parlament bzw. in die Regierung ist jedoch auch mangels geeigneter struktureller bzw. organisatorischer Einrichtungen schwierig. Dies ist nicht nur in Liechtenstein der Fall. Es ist eher so, dass diese Situation ein grundsätzliches Kommunikationsproblem zwischen den nationalen und den supranationalen Parlamenten darstellt.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 636 Mitgliedern, darunter 318 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern, was gemäss Statuten das Minimum darstellt. Im Weiteren sieht der Europarat Gastdelegationen aus Nichtmitgliedstaaten vor.

Die fünf politischen Gruppierungen der Parlamentarischen Versammlung sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand vom Oktober 2013). Aufgrund unterschiedlicher Wahltermine in den einzelnen Ländern sind die untenstehenden Angaben entsprechenden Veränderungen unterworfen:

- Europäische Volkspartei – EPP/CD (176)
- Sozialisten – SOC (189)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (84) - davon FL-Delegation (4)
- Europäische Demokratische Gruppe – EDG (86)
- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (36)
- Parteiunabhängige – NR (61)

Die Parlamentarische Versammlung verfügte über acht Fachkomitees:

- Committee on Political Affairs and Democracy,
- Committee on Legal Affairs and Human Rights,
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development,
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons,
- Committee on Culture, Science, Education and Media,
- Committee on Equality and Non-Discrimination,
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs,
- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe.

In Komitees werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Komitees darüber beraten. Die Komitees führen ihre Sitzungen ausserhalb der ordentlichen Sessionswochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Aufgrund der Tatsache, dass Liechtenstein nur das Minimal-Kontingent von vier Delegierten verfügbar hat, gibt es entsprechende Engpässe bei der Wahrnehmung der Aufgaben in diesen Fachgruppen.

Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Komitees:

-	Committee on Political Affairs and Democracy	Gerold Büchel Rainer Gopp (Ersatz)
-	Committee on Legal Affairs and Human Rights	Judith Oehri Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz)
-	Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development	Gerold Büchel Rainer Gopp (Ersatz)
-	Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons	Judith Oehri Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz)
-	Committee on Culture, Science, Education and Media	Rainer Gopp Gerold Büchel (Ersatz)
-	Committee on Equality and Non-Discrimination	Karin Rüdissler-Quaderer Judith Oehri (Ersatz)
-	Committee on Rules of Procedure, and Institutional Affairs	(keine Besetzung)
-	Monitoring Committee	(keine Besetzung)
-	Standing Committee	Delegationsleiter

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt das Standing Committee, in welchem die Delegationsleiter neben den Mitgliedern des Bureaus sowie den Fraktions- und Fachkomiteevorsitzenden der politischen Gruppen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Das Standing Committee ist vergleichbar mit unserem Landesausschuss, der bekanntlich dringende Geschäfte in der Periode ausführt, in welcher der Landtag geschlossen ist.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen als Nachfolger der ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere

die Regionen vertritt. Der Kongress hält seine Plenarsitzungen einmal jährlich im Europa-Palais in Strassburg ab. Die Parlamentarische Delegation ist hier nicht involviert.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2000 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen durch den seit 1. Oktober 2009 amtierenden Generalsekretär Thorbjørn Jagland aus Norwegen.

#### **4. Praktische Auswirkungen für Europa**

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben.

Per 31.12.2013 existierten total 214 europäische Konventionen. Seitens Liechtensteins sieht diesbezüglich die Situation wie folgt aus:

- 80 Konventionen sind unterschrieben und ratifiziert
- 12 Konventionen sind «nur» unterschrieben
- 1 Konvention ist gekündigt
- 123 Konventionen sind weder unterschrieben noch ratifiziert

#### **5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte**

Diese selbstständige Organisation war und ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden – und dies ist der Berührungspunkt zur Parlamentarischen Versammlung – von dieser gewählt. Der Gerichtshof hat infolge Arbeitsüberlastung dringende Reformen nötig. Ein wichtiger Schritt hierfür war die Inkraftsetzung von Protokoll 14, welches am 1. Juni 2010 Realität wurde. Weitere Reformschritte müssen jedoch folgen, was aufgrund der finanziellen Situation allgemein und besonders beim Europarat keine einfache Angelegenheit darstellt.

### **IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2013**

Nach der Januar-Session des Europarats hat sich mit Beginn der neuen Legislaturperiode auch die liechtensteinische Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats neu konstituiert. Im Zuge dieses Wechsels haben sich auch Neuerungen ergeben, auf welche kurz eingegangen wird.

## **1. Neue Geschäftsordnung des Landtags**

Nachdem der Landtag sich im Jahre 2012 eine neue Geschäftsordnung auferlegt hat, haben sich auch einige Rahmenbedingungen für die Delegation massgeblich geändert. Vor dem Jahre 2012 war es gängige Praxis, dass alle vier Delegationsmitglieder (ordentliche und stellvertretende Delegationsmitglieder) an einer Parlamentarischen Versammlung des Europarats teilgenommen haben (dies ist bei praktisch allen anderen Delegationen auch heute noch der Fall). Gemäss der neuen Geschäftsordnung des Landtags (GOLT) aus dem Jahre 2012 nehmen nicht mehr alle vier Delegationsmitglieder an einer Parlamentarischen Versammlung des Europarats teil, sondern nur noch die zwei ordentlichen Delegationsmitglieder. Bei der Verhinderung eines Delegationsmitglieds tritt die Stellvertreterregelung in Kraft. In diesem Berichtsjahr wurden die ersten Erfahrungen unter der neuen GOLT gemacht, welche im Kapitel «Generelle Ausführungen» kommentiert werden.

## **2. Neue Delegation**

Seit dem Beitritt Liechtensteins gab es nur eine Delegation, welche in einer komplett neuen Besetzung der Parlamentarischen Versammlung beigetreten ist. Während der letzten 27 Jahre war bei der Europaratsdelegation zumindest ein Delegationsmitglied bereits in einer Vorgängerdelegation Mitglied. Entsprechender Wissenstransfer konnte somit praktisch immer innerhalb der liechtensteinischen Delegation gewährleistet werden. Mit dem Antritt der heutigen Europaratsdelegation konnte von diesem Wissens- und zum Teil auch Netzwerktransfer nicht mehr profitiert werden. Auch hierzu sind im Kapitel «Generelle Ausführungen» weitere Kommentare zu finden.

## **3. Fraktion innerhalb der Parlamentarischen Versammlung**

Auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ist es üblich, sich einer Partei beziehungsweise einer Fraktion anzuschliessen. Aufgrund der neu besetzten Delegation wurden bereits im Vorfeld Abklärungen bezüglich des Beitritts zu einer Fraktion innerhalb des Europarats getroffen. Nachdem es in der Vergangenheit üblich war, der «European People's Party» (EPP) beizutreten, hat sich diese Delegation einhellig dazu entschieden, der «Alliance of Liberals and Democrats for Europe» (ALDE) beizutreten. Die Option, sich auf zwei Parteien zu verteilen, oder im konkreten Fall die Möglichkeit, dass zumindest ein Mitglied in der EPP Mitglied wird, wurde geprüft, aber nicht für zielführend erachtet. Die Delegation hat sich gegen eine Aufteilung entschieden. Neben der ideellen Überlegung wird die Meinung vertreten, dass unsere Delegation zu klein ist, um sich auf verschiedene Parteien aufteilen zu können.

## **4. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung**

Während der Sessionswochen fallen nicht nur die Versammlungen im Plenum an, welches sich insgesamt neunmal in der Woche trifft. Jeweils zu fixen Zeiten finden

ausserdem die Sitzungen der Fachkomitees sowie die Fraktionssitzungen der Parteien statt. In Zahlen ausgedrückt sind dies in der Woche zwischen 25 und 30 Sitzungen der Fachkomitees und drei Fraktionssitzungen. Die Anwesenheit der Mitglieder wird protokolliert und ist deshalb nachvollziehbar.

Während bei den Fachkomitees die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden in den vier Sessionswochen und den drei Sitzungen der ständigen Kommission Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet. Eine Übersicht der im Jahre 2013 abgehaltenen Sitzungen ist unten aufgeführt. Des Weiteren wird kurz erwähnt, wie viele Vorlagen behandelt worden sind und wie die Teilnahme Liechtensteins (ohne Parlamentsdienst) sich widerspiegelt:

1. Erste Sessionswoche (21.-25. Januar 2013)
  - 3 Teilnehmer aus Liechtenstein während der ganzen Session
  - 12 Vorlagen im Plenum behandelt
2. Ständige Kommission (8. März 2013)
  - Keine Teilnahme Liechtensteins
  - 3 Vorlagen behandelt
3. Zweite Sessionswoche (22.-26. April 2013)
  - 2 Teilnehmer aus Liechtenstein während zwei Tagen
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während der ganzen Session
  - 18 Vorlagen behandelt
4. Ständige Kommission (31. Mai 2013)
  - Keine Teilnahme Liechtensteins
  - 8 Vorlagen behandelt
5. Dritte Sessionswoche (24.-28. Juni 2013)
  - 2 Teilnehmer aus Liechtenstein während der ganzen Session
  - 10 Vorlagen behandelt
6. Vierte Sessionswoche (30.-4. Oktober 2013)
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während der ganzen Session
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während 2 Tagen
  - 17 Vorlagen behandelt
7. Ständige Kommission (22. November 2013)
  - Keine Teilnahme Liechtensteins
  - 12 Vorlagen behandelt

Eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Sessionen, an welchen zumindest ein liechtensteinisches Delegationsmitglied teilgenommen hat, ist in den folgenden Absätzen zu finden.

#### **4.1 Wintersession vom 21. bis 25. Januar 2013**

Die Wintersession fand noch während der «alten Legislatur» statt. An der Sessionswoche teilgenommen haben der Abg. Gebi Negele, die Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und der Stv. Abg. Leander Schädler. Sandra Gerber-Leuenberger begleitete die Delegierten.

Zu den Höhepunkten der Session gehörten die Ansprachen des georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili sowie die Ansprache des EU-Kommissars für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Štefan Füle.

Ebenfalls standen verschiedenste Berichte zur Behandlung auf der Agenda: «Lage im Kosovo», «Medienfreiheit in Europa», «humanitäre Situation in den Konflikt- und Krisengebieten in Georgien und Russland» sowie «Handel mit Arbeitsmigranten».

Zu heftigen Diskussionen führten die Berichte über die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Aserbaidschan sowie der Follow-up Bericht zu der Frage der politischen Gefangenen in Aserbaidschan welche gemeinsam behandelt wurden. Auch Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend ergriff dazu das Wort und erinnerte die Versammlung daran, dass sie selbst die beiden Berichte in Auftrag gegeben hätte. Ebenfalls appellierte sie an das Gewissen der versammelten Abgeordneten.

Als Highlight aus Sicht der liechtensteinischen Delegation muss die Würdigung und Verabschiedung der Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend genannt werden. Der Präsident der Versammlung, Jean Claude Mignon, informierte die Mitglieder der Versammlung über das Ausscheiden des Delegationsmitglieds Renate Wohlwend und verdankte ihren langjährigen Einsatz für den Europarat. Besonders hob er ihr Engagement im Rechtssausschuss der Versammlung und bei der Abschaffung der Todesstrafe hervor.

Neben den offiziellen Sitzungen fanden Arbeitsgespräche mit der luxemburgischen sowie mit der österreichischen Parlamentarierdelegation des Europarats in freundschaftlicher Atmosphäre statt. Auch fand ein Informationsaustausch mit Mark Villiger, liechtensteinischer Richter beim Gerichtshof für Menschenrechte, statt.

## **4.2 Frühjahrsession vom 22. bis 26. April 2013**

An der Frühjahrsession nahm die neu gewählte Delegation – bestehend aus dem Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter, der Abg. Judith Oehri und dem Stv. Abg. Rainer Gopp – zum ersten mal teil. Aufgrund der auf dieselbe Woche angesetzten Landtagssitzung konnte bei der ersten Sessionssitzung der neuen Delegation lediglich der Stv. Abgeordnete Rainer Gopp die ganze Sessionswoche vor Ort sein. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger begleitet. Die beiden ordentlichen Delegationsmitglieder Gerold Büchel und Judith Oehri haben nach zwei Sessionstagen ihre Heimreise angetreten.

### **Behandelte Vorlagen**

Während der April-Session wurden insgesamt 18 Vorlagen im Plenum behandelt, unter anderem «Post-Monitoring-Dialog mit der Türkei», «Gewalt an re-

ligiösen Gemeinschaften», «Kampf gegen Sex-Tourismus mit Kindern», «sexuelle Gewalt an Kindern», «Ethik in der Forschung und Entwicklung» und «Chancen und Gefahren der Nanotechnologie».

### **Redebeiträge**

Während der April-Session waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt. Eine kurze Zusammenfassung eines Referenten ist anschliessend zu finden.

- Joachim Gauck, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
- Bidzina Ivanishvili, Regierungschef von Georgien
- Victor Ponta, Ministerpräsident von Rumänien
- Antoni Marti, Regierungschef von Andorra
- Didier Burkhalter, Aussenminister der Schweiz
- Gilbert Saboya Sunyé, Minister für Auswertige Angelegenheiten Andorra

Joachim Gauck: Am Montag, den 22. April, war Joachim Gauck zu Gast. In seiner Rede zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats bedankte er sich für die Einladung und die Freiheit, die ihm für diesen Redebeitrag gewährt wurde. Das freie Wort, ein grosses Privileg, für welches sich auch der Europarat einsetzt. Aus Gaucks Sicht spielt der Europarat auch heute noch eine zentrale Rolle, wenn es um die Menschenrechte gehe; Menschenhandel und Zwangsprostitution müssen ein Ende haben. Es könne nicht sein, dass Oppositionelle sich vor Verfolgung fürchten oder gar um ihr Leben bangen müssen. Weiter führte Gauck aus: «Heute sind über 800 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 47 Ländern im Europarat vertreten. Kein Zweifel, der Europarat ist das grösste Haus, das wir auf unserem Kontinent jemals gebaut haben. Dieser paneuropäische Charakter zeichnet ihn gegenüber allen anderen europäischen Institutionen aus. Der Europarat weitet unseren Blick auf den ganzen Kontinent und ist Hüter unserer Werte und Grundprinzipien, weit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus.»

### **4.3 Sommersession vom 24. bis 28. Juni 2013**

Die Delegation mit dem Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter und der Abg. Judith Oehri war während der Sommersession die ganze Woche anwesend.

#### **Behandelte Vorlagen**

Während der Juni-Session wurden insgesamt 10 Vorlagen im Plenum behandelt. Unter anderem «Lage im Nahen Osten», «Antrag zur Eröffnung eines

Überwachungsverfahrens in Ungarn», «Evaluation einer Partnerschaft für Demokratie mit dem Parlament von Marokko», «Korruption als Bedrohung für die Rechtsstaatlichkeit», «Zwangskastration und Sterilisation» sowie «sexuelle Orientierung und die Gender Identität» behandelt.

Die Lage im Nahen Osten: Die Versammlung bedauerte den Stillstand des Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern, den Bürgerkrieg in Syrien und die Bedrohung durch das vermutete Atomprogramm des Irans. Sie tritt für das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1967 und einen selbständigen, geografisch zusammenhängenden Palästinenserstaat ein. Beide Seiten wurden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass in den von ihnen kontrollierten Gebieten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt und die Menschenrechte geachtet werden, egal, ob Juden oder Araber oder Bürger Israels oder der Palästinenserbehörde. Die Mitgliedsstaaten des Europarats sollten Jordanien, dem Libanon und der Türkei helfen, mit den Flüchtlingsströmen aus Syrien fertig zu werden, und humanitäre Hilfe leisten.

Eröffnung eines Überwachungsverfahrens in Ungarn: Die Versammlung sieht die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte in Ungarn gefährdet, weil die regierende Partei mit ihrer Parlamentsmehrheit ihre Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Ideen gegen die Bedenken des Europarats, überhastet und ohne gründliche Debatte in der Verfassung und in Gesetzen niedergelegt hat, die künftig nur noch mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann. Dadurch wird die tiefgreifende Spaltung der ungarischen Gesellschaft zementiert. Ausserdem erhielten zahlreiche staatliche Stellen dadurch weitreichende Vollmachten, die sie willkürlich handhaben können. Obwohl einige Punkte während der Behandlung eine Mehrheit gefunden haben und Ungarn aufgefordert wird, Massnahmen zu ergreifen, wurde das Eröffnen eines Überwachungsverfahrens mehrheitlich abgelehnt.

Korruption als Bedrohung für die Rechtsstaatlichkeit: Auch in Europaratsländern herrscht Korruption; Minister missbrauchen ihr Amt, Polizisten und Beamte lassen sich bestechen, Wahlen und Richter werden gekauft, Abgeordnete legen falsche Spesenabrechnungen vor, ungesetzliche Lobbyarbeit wird betrieben. Fünf Mitgliedsstaaten rangieren auf der unteren Hälfte der Korruptionsskala, mit der «Transparency International» 174 Staaten einstuft. Dadurch verliert die Bevölkerung das Vertrauen in Regierung und Verwaltung. Die Versammlung hat diesbezüglich einige Empfehlungen verabschiedet.

Entwurf des Protokolls Nr. 16 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten: Protokoll Nr. 16 sieht vor, dass die obersten Gerichte der Mitgliedsstaaten den Strassburger Gerichtshof um Gutachten zu grundsätzlichen Fragen der Auslegung der Menschenrechtskonvention bitten können. Die Versammlung befürwortet die rasche Unterzeichnung und Ratifizierung des Protokolls, weil dies zu einem stärkeren Dialog zwischen den Obergerichten und dem EGMR führen und dazu beitragen wird, dass die Strassburger Rechtsprechung national noch stärker berücksichtigt wird. Wenn Auslegungsfragen bereits auf nationaler Ebene entschieden werden, wird das den

Europäischen Gerichtshof in Strassburg entlasten und die Lösung ähnlicher Fälle auf nationaler Ebene beschleunigen.

### **Redebeiträge**

Während der April-Session waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt.

- Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments
- Najat Vallaud-Belkacem, Frankreichs Ministerin für Frauenrechte

## **4.4 Herbstsession vom 30. September bis 4. Oktober 2013**

Auch die Herbstsession kollidierte mit der Landtagssitzung und somit konnten die Abg. Judith Oehri und der Stv. Abg. Rainer Gopp lediglich zwei Tage vor Ort sein. Während dieser zwei Tage wurden sie von Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort unterstützt.

### **Behandelte Vorlagen**

Während der Oktober-Session wurden insgesamt 17 Vorlagen im Plenum behandelt. Unter anderen «Jahresbericht des Büros und der Ständigen Kommission», «Bericht der Wahlbeobachtung in Albanien», «Bericht der OECD», «Das Recht der Kinder auf physische Integrität», «Die Situation in Syrien» sowie «Funktionsweise der demokratischen Institutionen in Bosnien und Herzegowina».

### **Redebeiträge**

Während der Oktober-Session waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben Ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt. Eine kurze Zusammenfassung eines Referenten ist anschliessend zu finden.

- Sergei Naryshkin, Russlands Parlamentspräsident
- Edward Nalbandian, Armenischer Aussenminister
- Angel Gurría, Generalsekretär der OECD

Edward Nalbandian: Edward Nalbandian, Armenischer Aussenminister und Vorsitzender des Ministerkomitees, berichtete in seiner Rede über die Aktivitäten des Ministerkomitees seit der letzten Session im Juni. Im Anschluss an seinen Bericht stand er für Fragen zur Verfügung. Die Abg. Judith Oehri ergriff das Wort und wollte in Erfahrung bringen, was Armenien im Kampf gegen

Rassismus und Intoleranz sowie zur Stärkung der Rechte der Frauen unter-  
nommen habe. Die Antwort von Edward Nalbandian fiel sehr ausführlich aus  
und kann im Sitzungsprotokoll AS(2013)CR 29 nachgelesen werden.

## **V. Wahlbeobachtung**

Im Berichtsjahr nahmen sowohl der Abg. Gerold Büchel als auch die Abg. Judith  
Oehri an einer Wahlbeobachtungsmission teil.

### **Wahlbeobachtung in Aserbaidshan (6.-10. Oktober 2013) – Bericht der Abg. Judith Oehri**

Der Europarat entsandte eine Delegation von 35 Personen zur Beobachtung der  
Präsidentenwahl in Aserbaidshan vom 9. Oktober 2013. Nebst dem Europarat wa-  
ren auch VertreterInnen der Europaparlaments und der OSZE vor Ort. Seitens der  
ALDE-Partei, welcher wir im Europarat angehören, wurden fünf Personen entsandt.

Wir erhielten am 7. Oktober 2013 Hintergrundinformationen zur Situation in Aser-  
baidshan und die Langzeitbeobachter gaben uns ihre Eindrücke weiter. So wurden  
wir am Vormittag informiert, dass der aktuelle Präsident Aliyev an keiner Debatte  
teilnahm und die neun Oppositionskandidaten nur eine Redezeit von sechs Minuten  
im Fernsehen erhielten. Es gilt anzumerken, dass acht der neun Oppositionskandi-  
daten sich für Aliyev ausgesprochen haben und effektiv nur ein ernstzunehmender  
Kontrahent ins Rennen ging. Am Nachmittag und am Vormittag des 8. Oktober 2013  
präsentierte ein Vertreter der führenden Partei die Ideen von Aliyev und auch der  
Oppositionskandidat Jamil Hasanli sprach nebst anderen Präsidentschaftskandida-  
ten bzw. deren Vertretern zu den WahlbeobachterInnen.

Anschliessend erhielten wir Informationen von den NGOS und auch die Medienver-  
treter gaben uns einen Überblick über der Medienfreiheit im Land. Zum Abschluss  
wurde uns erläutert wie wir die Formulare auszufüllen hätten, auf was man achten  
müsse und wie die Berichterstattung zu erfolgen habe.

Wir starteten in einem Zweierteam früh am Morgen in Baku und besuchten einige  
Wahllokale. Dann fuhren wir weiter aufs Land und besuchten insgesamt acht ver-  
schiedene Wahllokale, beobachteten den Wahlvorgang und befragten auch die Leu-  
te ausserhalb des Wahllokals. Bei der letzten Station blieben wir, bis die Auszählung  
abgeschlossen war, und kehrten morgens um 1.00 Uhr nach Baku zurück. Von uns  
bemängelte Punkte waren, dass die mobile Wahlurne geöffnet wurde, dass keine  
Kameras (wie vorgeschrieben) vor Ort waren, dass die Benutzung der Tinte (linker  
Daumen muss bei jedem, der gewählt hat, mit einer unsichtbaren Tinte besprüht  
werden, die man dann unter dem UV-Licht sehen kann) nicht konsequent erfolgte  
und ab und zu mehrere Familienmitglieder in derselben Kabine waren. Auffallend  
war, dass sehr viele Wahllokale von Frauen geführt wurden. Uns wurde später er-  
klärt, dass man dies bewusst gemacht habe, denn die Frauen seien geduldiger und  
man habe sich erhofft, dass dann eine entspanntere Atmosphäre in den Wahlloka-

len sei. Diese Rechnung ist sichtlich aufgegangen.

Wir haben ausser den erwähnten Punkten kaum Auffälligkeiten erkennen können. In sämtlichen Wahllokalen begegnete man uns sehr offen und herzlich. Es waren weder Polizisten im Umfeld sichtbar noch konnten wir Schlägereien beobachten. Beim Debriefing am 10. Oktober 2013 stellten wir fest, dass es den meisten WahlbeobachterInnen des Europarats und des Europaparlaments ähnlich ergangen war. Viele waren bereits zum zweiten oder dritten Mal bei einer Wahlbeobachtung in Aserbaidschan und konnten enorme Fortschritte erkennen. Vielleicht bestand auch keine Notwendigkeit zum Betrug, da es von Anbeginn für alle klar war, wer als Sieger aus den Wahlen hervorgehen würde.

Stossend empfanden wir, dass wir von einem ODIHR-Vertreter während des Wahltages drei Mal angerufen wurden und er unbedingt Unregelmässigkeiten feststellen wollte. Man hatte fast den Eindruck, es durfte nicht sein, dass alles korrekt ablief.

Es war vorgesehen, dass am Schluss eine gemeinsame Pressekonferenz von Europarat, Europaparlament, OSZE und ODIHR stattfinden sollte. Dies kam nicht zustande, da man sich nicht auf eine einheitliche Botschaft einigen konnte, sprich, die Beobachtungsergebnisse der OSZE fielen völlig gegensätzlich zu unseren Beobachtungen aus. Dies führte dann im Nachgang noch zu einigen Diskussionen zwischen den Organisationen.

Am Rande: Wahlbeobachtungen dienen einerseits der Stärkung des Demokratieprozesses in einem Land und sollten meines Erachtens unterstützt werden. Es ist schade, dass nur eine Wahlbeobachtung in vier Jahren bewilligt wird, denn erst mit der Erfahrung kann man sich auch wirklich gut einbringen. Andererseits hat man während der Wahlbeobachtung auch Gelegenheit, das Netzwerk zu erweitern.

### **Wahlbeobachtung in Georgien (25.-28. Oktober 2013) – Bericht des Abg. Gerold Büchel**

Am 30. Mai 2013 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats entschieden, die Präsidentschaftswahlen am 27. Oktober 2013 in Georgien zu observieren. Hierfür wurde am 28. Juni 2013 eigens eine 7-köpfige Ad-hoc-Kommission für die Vorwahldelegation gegründet und vom 23. bis zum 26. September 2013 nach Georgien für eine Erst-Evaluation entsandt.

Seitens der ALDE-Partei, welcher auch die liechtensteinische Delegation angehört, wurden fünf parlamentarische Vertreter gesucht, welche die Aufgabe der Wahlbeobachtung am Wahltag übernehmen.

Am 25. Oktober 2013 wurde eine erste Vorbereitungssitzung in Tbilisi abgehalten. Hierbei wurde vor allem auf die Agenda der kommenden Tage eingegangen. Von den Vertretern des Ad-hoc-Komitees wurde ein erster Zwischenbericht mit den Erkenntnissen aus der Vorwahlphase vorgestellt.

Am 26. Oktober 2013 wurden verschiedenste Berichte zu der Vorwahlphase vorge-

stellt. Hierbei präsentierten Vertreter aus den verschiedensten Organisationen (OSZE, Europarat, Nato, Europaparlament, NGOs, regionale und internationale Medien) ihre Berichte der letzten drei bis sechs Monate. So wurde während der Vorwahlphase überprüft, inwieweit ein gleichberechtigter Wahlkampf für alle Kandidaten gewährleistet wurde. So wurde beispielsweise über die Möglichkeit zu kandidieren, über die Ausgewogenheit in den verschiedenen Medien, die finanziellen Ausgaben etc. genauestens Bericht erstattet. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Vorwahlphase gemäss den internationalen Standards abgelaufen ist und gegenüber den Parlamentswahlen aus dem Jahre 2012 eine starke Verbesserung wahrgenommen werden konnte. Ein weiterer Agenda-Teil des 26. Oktobers war eine Kurzpräsentation der Hauptkandidaten (Giorgi Margvelashvili «Georgian Dream Coalition», Davit Bakradze «United National Movement», Nino Burdjanadze «Democratic Movement – United Georgia», Giorgi Targamadze «Christian Democrats») mit jeweils der Möglichkeit, Fragen zu stellen. Gegen Abend des 26. Oktobers wurden dann die Gruppen für die Wahlbeobachtung gebildet und kurz erklärt, wie die Wahlbeobachtung am Wahltag abzulaufen hat und wie die Berichterstattung durchgeführt werden soll. Zusammen mit der österreichischen parlamentarischen Vertreterin Gisela Wurm sind wir dann mit Fahrer und Dolmetscherin nach Kutaisi (4 Stunden Fahrt) gefahren.

Am 27. Oktober 2013 haben wir eine halbe Stunde vor der Eröffnung der Wahllokale (8 Uhr) ein Wahllokal unserer Wahl für die Eröffnungsphase aufgesucht. Folgend haben wir sechs weitere Wahllokale besucht und sind am Abend zurück in Richtung Tbilisi gefahren. Auf dem Rückweg haben wir der Wahlschliessung in einem Wahllokal in Gori beigewohnt. Hierbei wurde der ganze Auszählungsprozess überprüft. Um 1 Uhr in der Nacht sind wir wieder in der Hauptstadt angekommen und haben unseren Bericht abgegeben. Im Grossen und Ganzen ist unser Bericht sehr positiv ausgefallen. Einzig die Prozedur der Auszählung hatte nicht so reibungslos funktioniert.

Am 28. Oktober 2013 gab es eine Schlussbesprechungsrunde, in welcher die verschiedenen Ergebnisse besprochen wurden. Im Generellen konnte seitens der Delegation des Europarats eine positive Wahldurchführung festgestellt werden, was bei späteren Besprechungen auch von den anderen anwesenden Organisationen festgestellt werden konnte.

Gemäss den ersten offiziellen Resultaten konnte Giorgi Margvelashvili mit 62.12% die Wahl klar für sich entscheiden. An zweiter Stelle resultierte Davit Bakradze mit 21.72%. Alle restlichen Kandidaten waren um die 10% oder tiefer.

## **VI. Reisekosten und Tagelder der Delegation**

Im Jahr 2013 beliefen sich die Reisekosten/Spesen (inkl. Wahlbeobachtungen) der Delegation (April bis Dezember) auf CHF 13'842. Die Tagelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 22'600. Werden die Kosten aus der Januardelegation hinzugezogen, welche noch mit drei Abgeordneten in Strasbourg weilte, sowie die Kosten (Januar bis März) für Sitzungen der Fachkomitees, belaufen sich die gesamt-

ten Kosten im Jahr 2013 auf CHF 55'586. Für die Beitragskosten an den Europarat sowie für die Kosten der Ständigen Vertretung in Strassburg zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

## VII. Generelle Ausführungen

### 1. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)

Das CPT wurde von der «Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe» des Europarats ins Leben gerufen. Die Konvention trat 1989 in Kraft. Das CPT ist ein Präventionsmechanismus zum Schutz von Menschen, denen die Freiheit entzogen ist, vor Folter und anderen Formen von Misshandlungen.

Im Oktober 2012 erhielt die Europaratsdelegation seitens des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung die Aufforderung zur Neubestellung eines Mitglieds des CPT für Liechtenstein. Aufgrund verschiedener Schwierigkeiten, geeignete Kandidaten zu finden, gelang es der Delegation erst im September 2013 eine Liste mit drei Kandidaten beim Europarat einzureichen. Inzwischen wurde die Liste im Unterausschuss für Menschenrechte behandelt und positiv zur Kenntnis genommen. Die Wahl eines neuen Mitglieds durch das Ministerkomitee sollte im März 2014 erfolgen.

### 2. Verabschiedung der Vorgängerdelegation

Während der Juni-Session wurde dem ehemaligen Delegationsmitglied Renate Wohlwend die Ehrenmitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats verliehen. Während seiner Festansprache hielt der Präsident der Versammlung, Jean-Claude Mignon, fest, dass Renate Wohlwend in ihrer 19-jährigen Delegationsarbeit zahlreiche Berichte zu verschiedenen Themen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte erstellt habe. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren vor allem die Europaintegration der Ukraine und die Abschaffung der Todesstrafe in Europa.

### 3. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission

Anhand der auf Seite 9 aufgeführten Sitzungen kann für das Jahr 2013 aus liechtensteinischer Sicht folgendes festgestellt werden:

- Es wurden 80 Vorlagen behandelt (100%)
- Bei 23 Vorlagen war **kein** Delegationsmitglied anwesend (28.75%)
- Bei 22 Vorlagen war **nur ein** Delegationsmitglied anwesend (27.5%)
- Bei 35 Vorlagen waren **beide** Delegationsmitglieder anwesend (43.75%)

Diese Grobbeurteilung zeigt, dass die liechtensteinische Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in über 50% der Entscheidungen nicht in der Lage ist, vollzählig anwesend zu sein, und bei fast 30% der Entscheidungen kein Mitglied aus Liechtenstein anwesend ist. (Unter der Annahme das alle Delegationsmitglieder – wenn in Strassburg – immer an allen Sitzungen teilnehmen können).

#### **4. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT)**

Wie bereits unter Kapitel 4 des vorliegenden Berichts ausgeführt, hat die neu bestellte Delegation die Chance, erstmals anhand der neuen GOLT ihr Geschäft in Angriff zu nehmen. Erste Erfahrungen seitens der Delegation haben gezeigt, dass die üblichen Geschäfte im Plenum gut wahrgenommen werden können. Vor allem wenn die Themen eher unbestritten und allgemeiner Natur sind. Fällt während einer Session das eine oder andere komplexere Thema an, so kann sich auch eine Zweierdelegation noch gut auf die gestellten Anforderungen einstellen. Wenn jedoch mehrere umstrittene Themen innerhalb einer Session anfallen, werden die Grenzen einer Zweierdelegation klar erreicht.

Die Problematik hierbei liegt nicht direkt im Plenum, sondern vielmehr in den sechs vorberatenden Fachkommissionen (ohne die Unterkommissionen überhaupt in Betracht zu ziehen). Während einer Sessionswoche werden parallel zu den Sessions vorbereitende Kommissionssitzungen abgehalten, in welchen noch Einfluss auf die Vorlage genommen werden kann und auch klar zum Vorschein kommt, wo die kritischen Punkte liegen. Da es sich um sechs Fachkommissionen handelt, kann die liechtensteinische Delegation im Idealfall 33% abdecken. Eine weitere Komponente, welche hierbei in Betracht gezogen werden muss, ist die Vorbereitung der Vorlagen. Eine Sessionswoche liefert in etwa eine vergleichbare Papiermenge an Vorlagen wie der liechtensteinische Landtag. Die Vorlagen werden wenige Wochen vor einer Sessionswoche verschickt und ändern sich mehrfach bis zur Behandlung im Plenum.

Die Delegation hat das erste Jahr genutzt, um entsprechende Strukturen zu schaffen und die Ressourcen der Regierung und des Parlamentsdienstes bestmöglich einzubinden. Erste Erfahrungen zeigen jedoch, dass es auch für die Mitarbeiter der Regierung schwierig ist, frühzeitig zu definieren, welche Themen umstritten sind und – vor allem auch – welche Relevanz für Liechtenstein haben. Auch greift es zu kurz, zu denken, dass nur Themen, die den Finanzplatz betreffen, oder Vorlagen, in welchen Liechtenstein explizit erwähnt ist, der Aufmerksamkeit der liechtensteinischen Delegation bedürfen. So ist es doch eher unangenehm, im Plenum zu erfahren, dass Liechtenstein in der Frage der «gender rights» in Europa zusammen mit Russland zu den am schlechtesten beurteilten Ländern gezählt wird. Das Thema würde bei einer Vorbesprechung sicherlich nicht als relevant für Liechtenstein gelten. Wenn dieses Bild aber zutrifft, dann erhält es aus Sicht der Delegation Relevanz, nicht zuletzt auch, da die ureigene Aufgabe des Landtags die Überwachung der Regierung darstellt, dies auch im internationalen Kontext.

Die Straffung der Delegation hat nach wie vor durchaus eine gewisse Berechtigung. Weitere Faktoren aber haben die Situation zusätzlich erschwert. So waren im Jahr

2013 (und nun auch im Jahr 2014) zwei der vier Sessionssitzungen zur gleichen Zeit wie die Landtagssitzungen, was zur Konsequenz hat, dass im besten Fall ein Vertreter aus Liechtenstein in Strassburg anwesend sein kann. Bei 47 Mitgliedstaaten stellte Liechtenstein mit einer Viererdelegation die kleinste Delegation. Mit der neuen Praxis sind dies neu im besten Fall 50% weniger Abgeordnete als die weiteren Kleinstaaten. Gekoppelt mit dem zweimaligen Aufeinanderprallen der Sitzungstermine muss man die Sinnhaftigkeit einer generellen Teilnahme ernsthaft in Frage stellen. Aus Sicht der Delegationen sind zwei Änderungen unabdingbar:

1. Während eines Jahres sollte es der Delegation zumindest einmal möglich sein, bei Bedarf mit einer Dreier- oder Viererdelegation teilzunehmen.
2. Die Terminkollisionen sollten in jeden Fall vermieden werden.

## **5. Finanzen**

Die Ausführungen im vorhergehenden Abschnitt werfen natürlich die Frage der finanziellen Konsequenzen auf. Obwohl der Landtag mit seinen finanziellen Mitteln einen – im Vergleich zu der Verwaltung – sehr kleinen Fussabdruck hinterlässt, so müssen auch der Landtag und im erweiterten Sinne die Delegationen auf Sparpotential hin überprüft werden. Vor allem die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats hat hierbei bereits einen grossen Beitrag geleistet. Durch die neue Praxis konnten trotz zweier Wahlbeobachtungen (das Kontingent einer Legislaturperiode) die Kosten gegenüber früher um gut 50% reduziert werden. Aus Sicht des Delegationsleiters werden jedoch die Delegationen nicht auf die richtige Weise geführt. Anstatt zu versuchen, jede Tätigkeit und jede Aufgabe vorzudefinieren, würde die Einführung eines Budgets die Sache vereinfachen und somit die Entscheidungskompetenz im Inhaltlichen der Delegation überlassen. Es kann nicht sein, dass für eine eintägige Zugreise nach Strassburg ein Präsidiumsbeschluss beziehungsweise ein Landesauschuss-Beschluss notwendig ist.

## **VIII. Schlusswort und Antrag**

Als neuer Delegationsleiter einer komplett neu besetzten Delegation, ist dies der erste Bericht in der Mandatsperiode 2013 bis 2017. Wie bei den meisten neuen Aufgaben führt auch diese Aufgabenstellung zu einer gewissen Einarbeitungszeit. Die dafür notwendige Zeit oder entsprechende Rahmenbedingungen sind leider nur bedingt vorhanden. Nach Abschluss des ersten Viertels dieser Legislatur kann aber festgestellt werden, dass die Delegationsmitglieder ihre Zeit gut genutzt und sich gut ins Tagesgeschäft eingearbeitet haben.

Mit Beginn der neuen Legislatur wurde eine vorbereitende Sitzung installiert, um die Europaratssessionen möglichst optimal vorzubereiten. Auch werden wir vom Parlamentsdienst sehr gut unterstützt. Mit den Vertretern der Exekutive haben wir einen effizienten Weg gefunden, uns inhaltlich auf die Sessionen vorzubereiten, und konnten auch während den Sessionen jederzeit auf ihre Unterstützung zählen.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich an dieser Stelle recht herzlich für die grosse Unterstützung bedanken, ganz besonders bei:

- Botschafter Daniel Ospelt, dem ständigen Vertreter in Strassburg, für seine Unterstützung. Für das Teilen seines grossen Hintergrundwissens. Ganz besonders für die Kurzberichte mit Einschätzung zur Liechtenstein-Relevanz zuhanden der Vorbereitungssitzung. Auch die Ad-hoc-Unterstützung vor Ort war immer sehr hilfreich.
- Christine Arnaud für die organisatorische Unterstützung in Strassburg, welche immer bestens klappt.
- Dem diplomatischen Mitarbeiter Manuel Frick für sein professionelles Einbringen der Regierungsposition beziehungsweise der Position unseres Landes.
- Sandra Gerber-Leuenberger für ihre Rundum Unterstützung von A-Z. Beginnend mit der Unterstützung im Vorfeld über die Mitarbeit vor Ort bis hin zur Unterstützung beim Erstellen des Jahresberichts.
- Beim Präsidium für die positive Prüfung unserer Anträge bezüglich der Delegationsbesetzung.
- Als Delegationsleiter möchte ich mich auch ganz herzlich bei meiner Delegation für ihre positive und engagierte Mitarbeit bedanken.

Die Delegation hat sich für das Jahr 2014 erneut einige Ziele gesetzt und ich wünsche der Delegation und allen involvierten Kräften gutes Gelingen beim Erreichen dieser Ziele.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2013 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Gerold Büchel

Ruggell, im März 2014